

Eine neue Visegrád-Gruppe?

Perspektiven der ostmitteleuropäischen Kooperation in der größeren EU

Kai-Olaf Lang

Am 12. Mai 2004 trafen sich, erstmals nach der Erweiterung der Europäischen Union, die Regierungschefs der Visegrád-Gruppe, also Polens, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarns, in der tschechischen Stadt Kroměříž (Kremsier). In einer neuen gemeinsamen Erklärung, die die alte Visegrád-Deklaration aus dem Jahr 1991 ablöst, bringen die Premierminister den Willen zum Ausdruck, auch als Mitglieder von EU und NATO im Viererrahmen zusammenzuwirken. Mit der Visegrád-Gruppe gehört der Europäischen Union ein weiteres regionales Konsultations- und Kooperationsforum informeller Natur an, das knapp 90% der Bevölkerung aus den neu beigetretenen Ländern und etwa 15% der Bevölkerung in der gesamten EU repräsentiert und somit potentiell über ein beachtliches politisches Gewicht verfügt. Deutschland sollte sich der Kooperation mit der Visegrád-Gruppe nicht verschließen, da diese über die bilateralen Beziehungen hinaus eine Plattform für den Dialog mit dem östlichen Mitteleuropa bietet.

Die Visegrád-Gruppe wird allerdings keinen neuen *Machtblock* in der EU darstellen. Und dies nicht nur deshalb, weil sie über keine Sperrminorität im Rat verfügen wird, sondern vor allem, weil sie sich aller Erwartung nach auch in Zukunft als ein loser und heterogener Zusammenschluß von Staaten erweisen wird, die lediglich punktuell versuchen werden, gemeinsame Anliegen in der Union zur Geltung zu bringen. Die künftigen Prioritäten ihrer Zusammenarbeit sehen die Visegrád-Länder im Ausbau von praktischen Kooperationsprojekten in der Region, im Transfer von Erfahrung und Expertise in die ost- und südosteuropäischen Nachbarländer sowie in der Vertiefung von Kontakten zu anderen Partnern

und regionalen sowie internationalen Organisationen. Sofern die vier Länder diese Prioritäten ernst nehmen und sie noch dazu Reformen und die Integration in den Binnenmarkt vorantreiben, können sie zu einer Stütze regionaler Sicherheit in Europa und zu einem Anknüpfungspunkt für die Nachbarn der größeren EU werden.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit

In der von den Premierministern in Kremsier angenommenen neuen Visegrád-Deklaration wird festgestellt, daß die Ziele, die in der Gründungserklärung von 1991 niedergelegt waren, erreicht wurden und die vier Länder ihre Zusammenarbeit als EU- und

NATO-Mitglieder angesichts neuer Chancen und Herausforderungen fortführen wollen. Die Erklärung nennt drei Hauptbereiche der künftigen Visegrád-Kooperation:

- ▶ Der erste Schwerpunkt sind »regionale Aktivitäten und Initiativen, die auf eine Stärkung der regionalen Identität Mitteleuropas abzielen«. Die Zusammenarbeit in dieser Frage soll sich auf »konkrete Projekte« gründen und einen »flexiblen und offenen Charakter« haben.
- ▶ Zweitens verpflichten sich die vier Länder dazu, gemeinsam zur Erfüllung der Ziele der EU und der erfolgreichen Fortsetzung der europäischen Integration beizutragen. Besonderes Gewicht wollen sie der Hilfe für Staaten beimessen, die der EU beizutreten wünschen. Im übrigen betonen die Visegrád-Länder ihre Bereitschaft, die Politik der EU gegenüber den Ländern Ost- und Südosteuropas mitzugestalten und umzusetzen.
- ▶ Speziell hervorgehoben wird drittens der Wille, mit den direkten Nachbarn im mitteleuropäischen Raum sowie – in einzelnen Themenbereichen – mit anderen Ländern der »größeren Region«, mit anderen regionalen Gemeinschaften in Europa sowie mit dritten Partnern und internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten

In einem Annex zur Visegrád-Erklärung, in der die »Richtlinien für die künftigen Bereiche der Visegrád-Kooperation« dargelegt sind, werden unter anderem vorrangige Aktionsfelder der Zusammenarbeit benannt. Großes Gewicht wird dabei den zwischenmenschlichen Kontakten (im Kultur- und Bildungsbereich, durch Jugendaustausch und in der zivilgesellschaftlichen Sphäre) und der inneren Sicherheit (Bekämpfung von Terrorismus, organisierter Kriminalität und illegaler Migration; Schengen-Kooperation; Krisenmanagement) zugewiesen. Hervorgehoben wird auch die regionalpolitische Koordination etwa durch die Weiterentwicklung grenzüberschreitender Kooperationsprojekte oder die Harmonisierung von Infrastrukturvorhaben. Im Bereich der Wirtschaft streben die Partner einen Mei-

nungsaustausch über Arbeits- und Sozialpolitik sowie eine Zusammenarbeit der Rüstungsindustrien an.

Innerhalb der EU wollen sich die Visegrád-Länder aktiv an der Weiterentwicklung der GASP beteiligen. Explizit erwähnt werden in diesem Zusammenhang die »Nachbarschaftspolitik« und die Politik gegenüber dem Westbalkan. Desgleichen kündigen die vier Staaten ihre Mitwirkung am Aufbau der ESVP an, in der sie einen »Beitrag zur Stärkung der Beziehungen zwischen EU und NATO und zur Vertiefung des substantiellen Dialogs zwischen beiden Organisationen« sehen. Der Bereich »Justiz und Inneres« wird als weiteres Wirkungsfeld ins Auge gefaßt. Und auch über ihre jeweiligen Vorbereitungen zum EWU-Beitritt wollen sich die Visegrád-Partner untereinander auf dem laufenden halten.

Kooperationsformen

Die Visegrád-Gruppe verzichtet auf eine spezielle länderübergreifende Struktur. Basis der Kooperation sind die einmal pro Jahr stattfindenden Gipfeltreffen der Regierungschefs sowie Zusammenkünfte von Fachressorts auf Spitzen- und Arbeitsebene. Dazu kommen Begegnungen der Staatspräsidenten und Parlamentarier. Neben dem Meinungsaustausch in internationalen Organisationen wie der OSZE, der VN und der WTO soll es in Zukunft auch besondere »Konsultationen und Kooperation« zwischen den Vertretungen der Visegrád-Länder bei der EU und der NATO geben.

Die einzige dauerhafte gemeinsame Einrichtung ist der 2000 geschaffene Internationale Visegrád-Fonds mit Sitz in Bratislava. Seine Aufgabe ist die Koordination und Finanzierung zivilgesellschaftlicher Projekte aus und zwischen den vier Ländern.

Verantwortlich für die Organisation von Treffen ist der im Jahresturnus rotierende Vorsitz. Eine wichtige Rolle für die Verstärkung der Kontakte im Viererrahmen kommt aber auch den in den vier Außenministerien angesiedelten nationalen Koordinatoren der Visegrád-Zusammen-

arbeit zu. Die bisherigen Kooperationsmechanismen sollen auch künftig beibehalten werden, eine weitergehende Institutionalisierung ist nicht angestrebt.

Weichenstellungen für die nähere Zukunft

In Kreamer wurden somit einige grundlegende Entscheidungen über die vierseitige Zusammenarbeit zwischen Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarn getroffen:

- ▶ Auch nach dem Beitritt zur EU wird die Visegrád-Gruppe fortleben. Die offizielle außenpolitische Diskussion in den vier Partnerländern wird also auf absehbare Zeit nicht darum kreisen, »ob«, sondern »wie« Visegrád weiterbestehen soll.
- ▶ Die Visegrád-Gruppe wird nicht erweitert. Eine Aufnahme neuer Mitglieder wie etwa Slowenien, Österreich oder Kroatien ist vom Tisch.
- ▶ Die gelegentlich geforderte Einrichtung gemeinsamer Institutionen oder eines gemeinsamen Sekretariats (jenseits des Visegrád-Fonds) steht nicht zur Diskussion. Bereits auf früheren Treffen wurden solche Ideen verworfen.
- ▶ Der Stellenwert zwischengesellschaftlicher und zwischenmenschlicher Kontakte innerhalb der Visegrád-Kooperation hat zugenommen. Die Mittel des Visegrád-Fonds wurden um 600 000 Euro aufgestockt. Jedes Land wird fortan 750 000 Euro beisteuern, der Fonds damit jährlich über drei Millionen Euro verfügen. Ab 2004/05 können neben Studenten aus den Visegrád-Ländern auch Absolventen aus Ost- und Südosteuropa in den Genuß des vom Fonds finanzierten Stipendienprogramms kommen. Ein neu eingerichteter Visegrád-Kulturfonds wird Projekte im Bereich Kunst und Kultur unterstützen. Als eines der ersten Vorhaben soll eine »Visegrád-Bibliothek« aufgebaut werden, die die Übersetzung und Herausgabe von Büchern aus den vier Ländern trägt.
- ▶ Die Zusammenarbeit mit den östlichen

und südöstlichen Nachbarn der Europäischen Union wird ein Schwerpunktthema der Visegrád-Gruppe sein, wobei unterschiedliche Akzentsetzungen sichtbar sind: Ungarn etwa hat ein besonderes Interesse an der Kooperation mit dem Westbalkan, Polen richtet sein Augenmerk auf die Ukraine. Während der polnische Premierminister Marek Belka in Kreamer verlangte, die Union müsse »offen sein, Möglichkeiten darstellen und dürfe keine Ziele ausschließen«, und damit offensichtlich einer langfristig zu realisierenden EU-Mitgliedschaft der Ukraine das Wort redete, halten sich die anderen drei Länder in dieser Frage weit aus bedeckter.

- ▶ Visegrád will zwar keine neuen Mitglieder, sucht aber den Kontakt zu weiteren Partnern. Offenbar ist man insbesondere daran interessiert, mit einzelnen östlichen und südöstlichen Nachbarn oder mit einzelnen EU-Mitgliedern im Format V4+ eine engere Verbindung einzugehen. Gleichzeitig wird sich die Visegrád-Gruppe bemühen, mit anderen Großregionen innerhalb der Union in einen besonderen Dialog zu treten (z.B. Benelux, nordische Staaten, Baltikum).

Gemischte Bilanz

Visegrád wird also, wenn es nach dem offiziellen Bekenntnis der vier Staatsregierungen geht, weiterexistieren. Und das, obwohl ein Blick zurück zeigt, daß die Kooperation in den vergangenen Jahren immer wieder ins Stocken geriet.

Als sich 1991 Vertreter der Tschechoslowakei, Polens und Ungarns in der ungarischen Stadt Visegrád trafen, verstanden sie ihr künftiges Zusammenwirken als Ausdruck ostmitteleuropäischer Gemeinsamkeit und Solidarität und als Forum zur Beschleunigung ihrer »Rückkehr nach Europa«. Doch trotz dieser großen Ambitionen wurde die Visegrád-Gruppe in den 13 Jahren ihres Bestehens weder ein effizientes Koordinationsinstrument der Außen- und Sicher-

heitspolitik noch ein funktionierendes Forum zur Abstimmung der europäischen und euroatlantischen Aspirationen ihrer Mitgliedsländer.

In der Frühphase paralyisierte der Zerfall der Tschechoslowakei die Intensivierung der gegenseitigen Kooperation. In der Folge nahm nicht zuletzt der Widerstand des damaligen tschechischen Regierungschefs Klaus der Visegrád-Idee den Wind aus den Segeln. Seine Furcht, das reformpolitische »Musterland« Tschechische Republik müsse auf seinem Weg in die westlichen Strukturen sozusagen in einer neu geschaffenen Wartehalle mit Nachzüglern der Transformation ausharren, und seine Ablehnung jeglicher politischen Zusammenarbeit in der Region führten zwar letztlich zur Gründung der Zentraleuropäischen Freihandelszone (CEFTA), verhinderten aber eine Vitalisierung der Visegrád-Zusammenarbeit. Durch die autoritären Tendenzen des Premierministers Vladimír Mečiar verlor die Slowakei in den 90er Jahren den Anschluß an westliche Strukturen, was sich auch negativ auf das Zusammenwirken Bratislavas mit seinen drei Nachbarn niederschlug.

Erst der Sieg der Reformkräfte in der Slowakei 1998 und der Regierungswechsel in Prag im selben Jahr (der Sozialdemokrat Zeman ersetzte den Visegrád-Skeptiker Klaus) brachten eine Wende: Visegrád wurde reaktiviert und fungierte nun als Zweckgemeinschaft zur Unterstützung der slowakischen Bestrebungen, Mitglied der NATO (in die Polen, die Tschechische Republik und Ungarn 1999 aufgenommen wurden) und der EU (die mit den drei anderen Visegrád-Länder schon über den Beitritt verhandelte) zu werden. Es kam zu regelmäßigen Treffen der Regierungschefs, die Zusammenkünfte der Fachminister wurden intensiviert, und im Jahr 2000 wurde zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit der Internationale Visegrád-Fonds eingerichtet.

Dies bedeutete indes nicht, daß sich die vier Länder plötzlich auf eine umfassende Harmonisierung ihrer Außen- und Europapolitik verständigt hätten. Bei den Verhand-

lungen über den Beitritt zur EU verhierten nationale Interessen eine Abstimmung der Visegrád-Signatäre. Während der Auseinandersetzungen um den Verfassungsvertrag bemühten sich die vier Länder zwar um die Formulierung gemeinsamer Standpunkte, rasch zeigte sich jedoch, daß die Differenzen schwerer wogen: Ungarns Postulat, den Schutz ethnischer Minderheiten zu verankern, wurde von der Slowakei offen abgelehnt; Polens Eintreten gegen die »doppelte Mehrheit« fand bei den kleineren Ländern nur halbherzige Unterstützung; und die etwa von Frankreich angedeutete Möglichkeit, die Tschechische Republik und Ungarn könnten in Zukunft Bestandteil eines inneren Zirkels der europäischen Integration sein, wurde von den beiden angesprochenen Ländern wohlwollend aufgenommen.

Insgesamt liefert die Visegrád-Kooperation also ein gemischtes Bild: Sobald essentielle Fragen berührt werden, Macht- und Finanzfragen oder die Position einzelner Staaten innerhalb der EU, wird sie von den vier Ländern hintangestellt. Eine echte Visegrád-Solidarität, die sich in der Vorabklärung in europapolitischen Grundfragen, in der Erarbeitung von Kompromissen und deren gemeinsamer Vertretung ausdrücken würde, gibt es nicht. Nach wie vor scheinen sich die Visegrád-Länder an der einst von Václav Klaus für die Tschechische Republik formulierten Interessenhierarchie zu orientieren, wonach »die Zusammenarbeit im Rahmen der Dreiergruppe [jetzt Vierergruppe] wichtig, aber die Entwicklung der Tschechischen Republik noch wichtiger ist«.

Gleichzeitig ist unverkennbar, daß sich auf der unspektakulären Ebene konkreter Kooperation eine Vielzahl von Aktivitäten entwickelt hat, wozu einerseits der Visegrád-Fonds, andererseits die zahlreichen vierreseitigen Treffen von Experten aus Fachressorts beigetragen haben.

Zweifel ...

Die Bestandsaufnahme der Visegrád-Kooperation fällt also ambivalent aus. Dies spiegelt sich auch in den Diskussionen um die Zukunft der Vierergruppe nach der Erweiterung der Europäischen Union wider, wobei sich vereinfacht gesagt zwei Linien abzeichnen.

Der einen Argumentation zufolge hat sich Visegrád als leere Hülse erwiesen und sollte daher rekonstruiert oder gar liquidiert werden. Der slowakische Publizist Peter Schutz ist der Auffassung, die Länder der Visegrád-Gruppe seien aufgrund fundamental voneinander abweichender Interessen eher dazu prädestiniert, Konkurrenten zu sein als Verbündete. Daher habe »Visegrád keine Zukunft«. Für den tschechischen Mitteleuropa-Experten Luboš Palata ist Visegrád nicht in der Lage, Aufgaben zu lösen, sondern nur dazu, »Worte, Worte, Worte« zu produzieren.

Gegen Visegrád, aber für ein neues mitteleuropäisches Kooperationsforum plädiert indes Jiří Pehe, ein früherer Berater Václav Havels. Für Pehe ist die Rolle Polens in der Visegrád-Kooperation ein unlösbares Problem. Polen sei nämlich zu groß, kein organischer Bestandteil Mitteleuropas, und seine machtpolitischen Ambitionen seien mit den Interessen der übrigen Visegrád-Länder unvereinbar. Warschauer Verhalten während der Auseinandersetzungen um den europäischen Verfassungsvertrag habe gezeigt, daß Polens Weg sich von dem seiner Partner trenne, und gleichzeitig den Europaskeptikern in den Partnerländern (etwa der tschechischen Bürgerpartei ODS) Wasser auf die Mühlen geliefert. Pehe fordert daher ein Modell mitteleuropäischer Zusammenarbeit ohne Polen, aber mit Österreich und Slowenien. Eine derartige Kooperation baue stärker auf einer gemeinsamen Geschichte und einer regionalen Agenda auf. Laut Pehe würde eine solche Konstellation, an der Polen nicht beteiligt ist, den kleineren Ländern der Region dazu verhelfen, ein entspannteres Verhältnis zu Deutschland und Frankreich aufzubauen.

Der »Europaskeptiker« und Spitzenkan-

didat der ODS für die Europawahlen, Jan Zahradil, äußert sich ebenfalls zurückhaltend zur Visegrád-Kooperation. Seiner Auffassung nach hat die Tschechische Republik beispielsweise mit Ungarn kaum gemeinsame, doch viele gegensätzliche Positionen, etwa hinsichtlich der Bewertung der Ergebnisse des Ersten Weltkriegs oder der Einschätzung des »Bevölkerungstransfers« nach dem Zweiten Weltkrieg. Hier stehe Budapest München und Wien näher als Prag. Mit Polen dagegen teile man zahlreiche Interessen. Ein Bündnis mit Polen, so Zahradil, würde der Tschechischen Republik, »den Weg nach Nordwesten« [gemeint sind offensichtlich Skandinavien und Großbritannien] öffnen, also »zu dem Teil Europas, der nie seine Abneigung gegenüber dem Aufbau eines vereinheitlichten europäischen Superstaats verborgen hat« und der »ein Gegengewicht zu einem ›harten‹ Kern aus Deutschland und Frankreich sein könnte«. In Anbetracht dessen dürfe man Visegrád nicht länger als politischen Begriff, sondern als geographische Kategorie verstehen, als einen Raum, der sowohl durch Interessenssynergien als auch Interessengegensätze gekennzeichnet sei.

... und Bestätigung

Auch die »Visegrád-Optimisten« bestreiten nicht, daß es in der Viererzusammenarbeit beachtliche Defizite gibt. Allerdings liefere der bestehende Kooperationsrahmen zumindest ein Fundament, auf dem gerade nach Erlangung der EU-Mitgliedschaft aufgebaut werden sollte. Zwei Überlegungen scheinen hierbei eine besondere Rolle zu spielen: Zum einen glauben die Befürworter der Vierergruppe, daß Visegrád trotz vieler interner Differenzen hin und wieder gute Dienste leisten kann. Das Argument, »ein mitteleuropäisches Benelux kann uns noch von Nutzen sein«, findet nicht von ungefähr gerade in Warschau Resonanz. Dort nämlich wird man sich gewahr, daß Polen »nicht an einem Überschuß an Freunden in Europa leidet« (so die konservative Tageszeitung *Życie*).

Zum ändern macht sich ein neuer Realismus breit, der davon ausgeht, daß die Visegrád-Gruppe vor allem ein politisches Konsultationsinstrument ist. Experten dreier polnischer Forschungsinstitute haben daher vorgeschlagen,

- ▶ vor allem die *bestehenden* Konsultationsformen effizienter zu gestalten,
 - ▶ die Nachbarschafts- und speziell die »Ostpolitik« der EU als *prioritäres Handlungsfeld* zu definieren, auf dem die Vierergruppe Initiativen entwickeln sollte,
 - ▶ und schließlich die Kontakte zwischen den vier *Gesellschaften* weiter auszubauen.
- Die Befürworter der Viererzusammenarbeit können sich darauf berufen, daß die Visegrád-Idee in den Gesellschaften nach wie vor Anklang findet, wenn auch zu bemerken ist, daß die Akzeptanz der Regional Kooperation in Polen und der Slowakei mehr Rückhalt hat als in Ungarn und der Tschechischen Republik (siehe Tabelle).

Die Regierungen der vier Länder haben sich, wie in den letzten Monaten und schließlich in Kremsier deutlich wurde, in ihrer offiziellen Politik der Sichtweise der Visegrád-Befürworter angeschlossen. Ein Blick auf die Inhalte der neuen Visegrád-Erklärung zeigt, daß sie auch manche der von den Visegrád-Optimisten vorgelegten Ideen aufgegriffen haben.

Tabelle

Ergebnis der Umfrage: »Sind Sie der Auffassung, daß die Zusammenarbeit Polens, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarns auch nach dem Beitritt zur EU wichtig sein und die Visegrád-Gruppe eine Rolle spielen wird?« (in % der Befragten, die mit JA antworteten)

| Slowaken | Polen | Ungarn | Tschechen |
|----------|-------|--------|-----------|
| 75 | 62 | 52 | 46 |

Quelle: Mateusz Fałkowski/Patrycja Bukalska/Grzegorz Gromadzki, Tak dla Wyszehradu, Instytut Spraw Publicznych, Analizy i Opinie, Nr. 16, listopad 2003, <<http://www.isp.org.pl/docs/briefs/analizy16.pdf>>.

Fortbestehende Probleme

Das Weiterleben der Visegrád-Gruppe in der EU, die wiederholt bekräftigte Zustimmung seitens führender Politiker aus den vier Ländern und die in Kremsier neu formulierte gemeinsame Basis – all das kann zwar zu einer Ausweitung konkreter Projekte und zu gemeinsamen Initiativen führen, es wird aber nicht die Entstehung einer geschlossenen Phalanx der neuen Mitgliedsländer aus Ostmitteleuropa zur Folge haben. Zu schwer wiegen auch künftig die Strukturprobleme der Gruppe.

- ▶ Die Visegrád-Zusammenarbeit bleibt anfällig für Störungen in den bilateralen Beziehungen. Exemplarisch seien die Auseinandersetzungen um die Beneš-Dekrete im Jahr 2002 genannt, als die Tschechische Republik und die Slowakei eine Frontstellung gegenüber Ungarn bezogen. Auch Irritationen im slowakisch-ungarischen Verhältnis, zuletzt etwa der Streit um das ungarische »Statusgesetz«, das (auch) der ungarischen Minderheit in der Slowakei gewisse Privilegien sichert, blieben nicht ohne Folgen für das Klima innerhalb der regionalen Kooperation.
- ▶ Visegrád leidet am Ungleichgewicht zwischen Polen und den übrigen Ländern. Gegenüber Polen, dessen Bevölkerung anderthalbmal so groß ist wie die der restlichen Visegrád-Gruppe insgesamt, hegen die kleineren Mitglieder mehr oder weniger ausgeprägte Majorisierungssängste. Für Warschau, das sich auf der europäischen Bühne und in den transatlantischen Beziehungen gern in der Rolle eines informellen Vorreiters der ostmitteleuropäischen Reformstaaten sieht, ist der Aufbau einer Architektur regionaler Kooperationszusammenhänge auch eine Möglichkeit, sich als neue »Regionalmacht« zu profilieren.
- ▶ Die Visegrád-Länder unterscheiden sich nicht nur in ihrer Größe, sondern auch in ihren ökonomischen Voraussetzungen, ihren innenpolitischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten und teils auch in ihren außen- und europapoliti-

schen Zielsetzungen. Das »agrarisches« geprägte Polen hat beispielsweise andere Interessen als die Tschechische Republik, deren Wirtschaft sich stärker auf Industrie und Dienstleistungen stützt. Polen hat sich – zumindest vorübergehend – auf einen Konfrontationskurs gegenüber Deutschland und Frankreich begeben, Ungarn wollte dagegen um jeden Preis vermeiden, mit den beiden Schwergewichten in der EU aneinanderzugeraten. Sollten einige Visegrád-Länder an einem Vorhaben der intensivierten Kooperation in der EU teilnehmen wollen oder dürfen, werden sie nicht ohne weiteres bereit sein, auf andere Partner zu warten.

- ▶ Die mitteleuropäische Zusammenarbeit gehört zwar zum offiziellen außenpolitischen Kanon aller vier Länder, sie ist jedoch gegenüber anderen außen- und europapolitischen Zielen nachrangig.

Visegrád in der EU

Trotz dieser Differenzen verfügt Visegrád über das Potential, einen positiven Beitrag für die größere EU zu liefern. Gerade von jenen Bereichen, in denen es bereits erfolgreiche Kooperationsansätze gibt, können zusätzliche Impulse für die Union ausgehen.

Dazu gehört etwa die sicherheitspolitische und militärische Zusammenarbeit. Die Visegrád-Länder haben durch die Teilnahme an diversen Friedensmissionen innerhalb und außerhalb Europas gezeigt, daß sie auch Sicherheitsproduzenten sind. Um diesen Status auch künftig beizubehalten und ihre Verpflichtungen in NATO und EU zu erfüllen, haben sie unterschiedliche Kooperationsprojekte initiiert. Der bisher gelungenste Vorstoß war die 2002 erfolgte Gründung der trilateralen polnisch-tschechisch-slowakischen Brigade mit Sitz im slowakischen Topoľčany. Weniger erfolgreich war die Idee einer gemeinsamen (zunächst tschechisch-slowakischen) Luftverteidigung (einschließlich der gemeinsamen Anschaffung von Kampfflugzeugen).

Gelinde gesagt schwerfällig verläuft bisher auch die gemeinsame Modernisierung von Kampfhubschraubern vom Typ Mi-24. Immerhin wollen die Verteidigungsministerien ein gemeinsames Schulungszentrum für Jetpiloten einrichten. Ob die Visegrád-Länder, wie vom slowakischen Verteidigungsminister angedeutet, zusammen eine Battle-Group bilden werden, ist eher fraglich. Möglicherweise kann aber die Trilaterale Brigade im Rahmen der ESVP zum Einsatz kommen.

Von gesamteuropäischem Nutzen ist auch die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit. Während der vergangenen tschechischen Präsidentschaft wurde auf Beschluß der vier Innenminister eine Arbeitsgruppe für die »Schengen-Kooperation« einberufen. Diese soll den für 2006 angestrebten Beitritt aller vier Partner zur Zone des freien Personenverkehrs vorbereiten und koordinieren. Dazu wurde ein Expertenteam für das Schengener Informationssystem (SIS II) und eines für die Implementierung des Dubliner *acquis* (Zusammenarbeit im Asylbereich) berufen.

Im Rahmen der Nachbarschafts- und Kooperationspolitik der EU mit den jenseits ihrer Außengrenzen liegenden Ländern Ost- und Südosteuropas könnte die Visegrád-Gruppe als Brücke oder »Andockstation« zwischen der größeren Union und ihrer neuen Peripherie wirken. Durch konzeptionelle und praktische Vorstöße haben einige Visegrád-Länder schon jetzt versucht, Akzente für die Ausformung der EU-Nachbarschaftspolitik zu setzen. Erwähnt seien polnische Non-Papers zur »östlichen Dimension« der Wider-Europe-Konzeption, polnische und ungarisch-österreichische Kommentare zu einem Aktionsplan für die Ukraine, der von Ungarn mitinitiierte, auf den Westbalkan gerichtete Szeged-Prozeß und die auf die Ukraine zielende Nyíregyhaza-Initiative.

Um als Drehscheibe zwischen der »alten EU« und den neuen Nachbarn fungieren zu können, aber auch, um sich erfolgreich in den Binnenmarkt einzugliedern, wird es

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

unabdingbar sein, die Infrastruktur im östlichen Mitteleuropa gezielt und koordiniert auszubauen. Beim Visegrád-Gipfel von Kressler hob der slowakische Premier Dzurinda die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens der vier Länder etwa bei der Planung und Realisierung europäischer Verkehrsmagistralen hervor. Dzurinda schlug auch vor, daß sich zu Beginn der niederländischen Präsidentschaft die zuständigen Staatssekretäre aus den Visegrád-Ländern treffen sollten, um sich dahingehend abzustimmen, daß in der Finanzplanung 2007–2013 die für die Lissabon-Strategie vorgesehenen Gelder nicht auf Kosten der traditionellen Infrastrukturprojekte gehen.

Sollte die Zusammenarbeit auf diesen und anderen Feldern verstetigt und vertieft werden, so kann die Visegrád-Gruppe folgende regionalpolitisch relevante und gesamteuropäisch vorteilhafte Leistungen erbringen: Erstens kann sie als Ideengeber für die Konkretisierung der EU-Nachbarschaftspolitik auftreten. Zweitens kann sie als Beispiel einer erfolgreichen Transformation und Integration wirken, als Verbund von Ländern, die infolge mühseliger wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Reformen die Mitgliedschaft in EU und NATO erlangt haben und somit das Modell einer gelungenen Erweiterung sowohl innerhalb der EU als auch gegenüber den Kooperationspartnern jenseits der Unionsgrenzen liefern. Drittens wäre Visegrád als Exporteur von Prosperität und Exempel einer konfliktarmen Kooperation eine wichtige regionale Stütze der Sicherheit und Stabilität in Europa.

Visegrád und Deutschland

Das vereinigte Deutschland hat sich in den 90er Jahren in seiner Politik gegenüber Ostmitteleuropa eine wohlverstandene Zurückhaltung auferlegt. Weder sollten sich die Nachbarn im Osten von einem deutschen Engagement erdrückt fühlen, noch die Partner im Westen verunsichert werden. Statt eine neue »Mitteleuropapolitik« zu

verfolgen, knüpfte Berlin ein Netz unterschiedlich intensiver bilateraler Beziehungen und förderte die Erweiterung der NATO und vor allem der Europäischen Union. Die spürbar nachlassende Begeisterung Deutschlands für die EU-Erweiterung, die Konflikte im europäisch-amerikanischen Verhältnis sowie die Diskussionen um den Verfassungsvertrag und die Zukunft der europäischen Integration haben bekanntlich nicht nur in Polen, sondern auch in den anderen Visegrád-Ländern Irritationen über die künftige Rolle Deutschlands in Europa ausgelöst. Dazu mischt sich die Befürchtung, Berlin könne Ostmitteleuropa nach der Erweiterung vernachlässigen.

Deutschland sollte sich in Anbetracht dessen neben der Pflege der bewährten bilateralen Beziehungen Kontakten mit Visegrád als Gruppe nicht verschließen. Das Mißtrauen der kleineren Visegrád-Länder nicht nur gegenüber Deutschland, sondern auch gegenüber dem speziellen deutsch-polnischen Verhältnis könnte auf diese Weise in Grenzen gehalten werden. Eingedenk der wiederkehrenden Auseinandersetzungen in einigen bilateralen Beziehungen Deutschlands zu Ländern Ostmitteleuropas könnte durch das Format V4 plus Deutschland ein weiterer Rahmen geschaffen werden, der gegenseitige Kontakte stabilisiert. Möglicherweise ließen sich in solch einem Format auch gemeinsame Initiativen zur EU-Nachbarschaftspolitik entwickeln.

Die Kontakte der Visegrád-Gruppe zu anderen EU-Mitgliedern konzentrieren sich bisher auf kleinere Staaten. Neben der schwächelnden, von Österreich initiierten »Regionalpartnerschaft« gibt es Treffen mit den Benelux-Ländern, den nordischen Staaten oder den baltischen Republiken. Durch eine Hinwendung zur Visegrád-Gruppe würde Deutschland zeigen, daß es sich gerade auch der Belange kleinerer Partner annimmt.